

32 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Nachdruck vom 20. 12. 1994

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Belarus über die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen

Die Republik Österreich und die Republik Belarus, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
- im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
- in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen über die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
- im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein,

a) daß insbesondere in folgenden Bereichen gute Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen in den Bereichen Produktion, Handel und Dienstleistungen,
- Förderung von Technologietransfer und Know-how-Ausbau einschließlich angewandter Forschung,
- Land- und Forstwirtschaft, Lebensmittelindustrie, Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen einschließlich Rüstungskonversion,
- Metallurgie und metallverarbeitende Industrie,
- pharmazeutische, medizinische und chemische Industrie einschließlich Pflanzenschutz,
- Produktion von Baumaterialien,
- weltweite Vermarktung von Produkten einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten,
- finanzielle und industrielle Dienstleistungen,
- Energie und gemeinsame Aufsuchung, Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Erdöl auch in Drittstaaten,
- Berufsausbildung und Managementschulung,

- Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Austausch von Wirtschaftsdelegationen und Experten;
- b) daß Projekte grundsätzlich nach den höchsten jeweils verfügbaren Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden sollen.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewährt wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten oder den Staaten der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
- d) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 4

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristen-Code“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des qualitativen Tourismus erfolgen.

Artikel 5

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch sicherer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Eisenbahn,
- Schifffahrt,
- Luftfahrt,
- Telekommunikation,
- Straßenbau,
- Wasserwirtschaft.

Artikel 6

Der Zahlungsverkehr erfolgt in Übereinstimmung mit den Devisenvorschriften, die in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehen, in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 7

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen, sofern die Unternehmen nicht anderes vereinbaren.

(3) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Warenaustausches und zur Erweiterung der Warenvielfalt in jeder beliebigen Form, wie beispielsweise Barter- und Countertrading, Handel entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen treiben.

32 der Beilagen

3

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 9

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften

- fördern die Vertragsparteien die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- fördern die Vertragsparteien die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

Artikel 11

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer teilweisen oder gänzlichen Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 12

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine Gemischte Kommission errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd in Österreich und Belarus zusammentreten wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- Prüfung der Entwicklung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen,
- Erschließung neuer Möglichkeiten sowie Förderung der zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- Erstellung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten.

Artikel 13

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG)

oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von einem Jahr abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

Geschehen zu Wien, am 2. Oktober 1992, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und belarussischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Wolfgang Schüssel

Für die Republik Belarus:

Wjatscheslaw Franzewitsch Kebitsch

ПАГАДНЕННЕ

паміж Рэспублікай Аўстрыя і Рэспублікай Беларусь аб двухбаковых гандлёвых і эканамічных сувязях

Рэспубліка Аўстрыя і Рэспубліка Беларусь, якія называюцца ў далейшым "Дагаворныя Бакі",

кіруючыся жаданнем умацоўваць існуючыя двухбаковыя знешне-эканамічныя сувязі;

імкнучыся садзейнічаць развіццю тавараабароту, эканамічнаму, прамысловому, тэхнічнаму і навукова-тэхнічнаму супрацоўніцтву на аснове роўнасці і ўзаемнай выгады;

будучы перакананымі, што гэта Пагадненне аб двухбаковых гандлёвых і эканамічных сувязях створыць спрыяльныя прадпасылкі і трывалую аснову для далейшага развіцця двухбаковых знешне-эканамічных сувязей;

зыходзячы з прынцыпаў рыначнай эканомікі;

у рамках заканадаўства, якое дзейнічае ў абедзвюх дзяржавах,

дамовіліся аб ніжэйпададзеным:

Артыкул I

Дагаворныя Бакі абавязуюцца ў рамках дзеючага ў абедзвюх дзяржавах заканадаўства садзейнічаць развіццю двухбаковых гандлёвых і эканамічных сувязей паміж прадпрыемствамі, арганізацыямі, таварыствамі і ўстановамі, якія называюцца ў далейшым "Суб'ектамі".

Артыкул 2

Дагаворныя Бакі, зыходзячы са сваіх магчымасцей і ў адпаведнасці з заканадаўствам, якое дзейнічае ў кожнай з дзяржаў, будучь садзейнічаць эканамічнаму, прамысловаму, тэхнічнаму і навукова-тэхнічнаму супрацоўніцтву.

Дагаворныя Бакі пагадняюцца, што:

а) асаблівыя магчымасці кааперацыі маюцца ў наступных галінах:

стварэнне сумесных прадпрыемстваў і прамыя інвестыцыі ў прамысловасць, гандаль і паслугі;

спрыянне перадачы тэхналогій, "ноў-хаў", уключаючы прыкладныя даследванні;

сельская і лясная гаспадарка, перапрацоўка сельскагаспадарчай прадукцыі і харчовай прамысловасці;

рэканструкцыя, мадэрнізацыя, расшырэнне і аўтаматызацыя існуючых прамысловых вытворчасцей, уключаючы канверсію прадпрыемстваў абароннай прамысловасці;

металургічная і металаапрацоўчая прамысловасць;

фармацэўтычная, медыцынская і хімічная прамысловасці, уключаючы ахову раслін;

вытворчасць будаўнічых матэрыялаў;

маркетынг, уключаючы супрацоўніцтва з трэцімі краінамі;

фінансавыя і прамысловыя паслугі;

энергетыка, сумесныя пошук, здабыча, перапрацоўка і маркетынг нафты, у тым ліку і ў трэціх краінах;

прафесійная падрыхтоўка і падрыхтоўка кіруючых кадраў;

арганізацыі і правядзенне кірмашоў, выстаў і семінараў,

абмен гандлёва-эканамічнымі дэлегацыямі і экспертамі;

б) праекты рэалізоўваюцца ў адпаведнасці з найвышэйшымі існуючымі ў вышэйназваных галінах экалагічнымі патрабаваннямі да тэхналогій.

Артыкул 3

I. Дагаворныя Бакі дамовіліся аб прынцыпе найбольшага спрыян-

ня ў адносінах да мытных пошлін і іншых збораў, а таксама спосабах спагнання такіх мытных пошлін і іншых збораў пры вывазе і ўвозе тавараў.

2. Дагаворныя Бакі пагадніліся ў тым, што прынцып, прадугледжаны ў п.1 гэтага артыкула не распаўсюджваецца, у прыватнасці, на льготы і прывілеі, якія адзін з Дагаворных Бакоў прадастаўляе ці прадаставіць у будучым:

а) суседнім дзяржавам у мэтах палягчэння прыгранічнага гандлю;

б) дзяржавам, якія разам з ёй уваходзяць у мытны саюз ці зону свабоднага ці прэферэнцыйнага гандлю, якія ўжо існуюць ці будуць створаны ў будучым;

в) дзяржавам -- членам Садружнасці Незалежных Дзяржаў або дзяржавам, якія раней уваходзілі ў Саюз Савецкіх Сацыялістычных Рэспублік;

г) трэцім краінам у рамках шматбаковых дамоўленасцей, у якіх не ўдзельнічае другі Дагаворны Бок.

Артыкул 4

Дагаворныя Бакі пагадняюцца ў тым, што турызм можа ўнесці ўклад у паглыбленне двухбаковых знешнеэканамічных сувязей.

1. Дагаворныя Бакі будуць садзейнічаць развіццю турызму ў рамках дзеючага ў кожнай дзяржаве заканадаўства і на аснове рэкамендацый Канферэнцыі Арганізацыі Аб'яднаных Нацый па міжнароднаму турызму і міжнародным вандраванням (Рым, 1963г.), а таксама "Хартыі турызму і кодэкса турыста" (Сафія, 1985г.).

2. Эканамічнае, прамысловае, тэхнічнае і навукова-тэхнічнае супрацоўніцтва ў рэалізацыі турысцкіх праектаў, а таксама ў развіцці адпаведнай інфраструктуры ажыццяўляецца на прынцыпах аховы навакольнага асяроддзя і арганізацыі турызму на якасным узроўні.

Артыкул 5

Зыходзячы з неабходнасці стварэння эканамічна выгадных

і экалагічна бяспечных сістэм інфраструктуры, Дагаворныя Бакі дамовіліся звяртаць асаблівую ўвагу кааперацыі ў наступных галінах:

- чыгуначны транспарт;
- суднаходнасць;
- паветраная сувязь;
- тэлекамунікацыі;
- гарадскі транспарт;
- водная гаспадарка.

Артыкул 6

Разлікі і плацяжы ажыццяўляюцца ў адпаведнасці з дзеючым у кожнай з дзяржаў фінансавым заканадаўствам у свабодна канверсаванай валюце.

Артыкул 7

1. Тавараабмен, а таксама эканамічнае, прамysłовае, тэхнічнае і навукова-тэхнічнае супрацоўніцтва ў рамках сапраўднага Пагаднення ажыццяўляецца на камерцыйнай аснове.

2. Гандаль паміж Суб'ектамі абедзвюх дзяржаў ажыццяўляецца на аснове рыначных цэн, калі Суб'екты не дамовіліся аб іншым.

3. З мэтай павелічэння тавараабароту і пашырэння яго наменклатуры Суб'екты Дагаворных Бакоў у рамках дзеючага ў краінах Дагаворных Бакоў заканадаўства могуць ажыццяўляць гандаль у любых формах, прынятых у міжнароднай гандлёвай практыцы, уключаючы бартарныя і сустрэчныя аперацыі.

Артыкул 8

1. Дагаворныя Бакі распачнуць кансультацыі, як толькі ва ўзаемным гандлі будзе назірацца ўвоз якога-небудзь тавара ў такой колькасці ці па такіх цэнах, ці на такіх умовах, якія наносцяць ці пагнажаюць нанесці значны ўрон вытворцам падобных альбо непасрэдна канкуруруючых тавараў.

2. Калі ў ходзе гэтых кансультацый Дагаворныя Бакі аднадушна ўстановаць, што пададзеная ў пункце I сітуацыя мае месца, то ўвоз будзе абмежаваны ці будучь прыняты іншыя меры з мэтай прадухілення ці ліквідавання ўрону.

3. Калі Дагаворныя Бакі не прыдуць да згоды, то Дагаворны Бок, які падаў заяву аб правядзенні кансультацый, будзе мець права абмежаваць увоз адпаведных тавараў у той ступені, ці на такі тэрмін, якія неабходны для прадухілення ці ліквідавання ўрону. Другі Дагаворны Бок у такім выпадку будзе мець права адступіць ад сваіх абавязкаў перад першым Дагаворным Бокам у пачах прыкладна эквівалентнага аб'ёму гандлю.

4. У выпадках, калі адтэрміноўка нанесла б значны ўрон, часовыя меры могуць быць прыняты без папярэдніх кансультацый. У гэтым выпадку Дагаворны Бок, які ўжыў гэтыя меры, неадкладна і пісьмова паведамляе аб гэтым другому Дагаворнаму Боку, пасля чаго кансультацыі павінны быць пачаты неадкладна.

5. Пры выбары мер у адпаведнасці з гэтым артыкулам Дагаворныя Бакі будучь аддаваць перавагу мерапрыемствам, якія робяць найменшы негатыўны ўплыў на далейшае функцыяніраванне гэтага Пагаднення.

Артыкул 9

Дагаворныя Бакі прызнаюць карыснасць і неабходнасць больш актыўнага ўдзелу малых і сярэдніх прадпрыемстваў у двухбаковых гандлёва-эканамічных сувязях.

Артыкул 10

1. Дагаворныя Бакі рэкамендуць Суб'ектам вырашаць спрэчкі ў першую чаргу па-сяброўску пры ўзаемнай згодзе.

2. У рамках дзеючага ў дзяржавах Дагаворных Бакоў заканадаўства:

Дагаворныя Бакі заахвочваюць скарыстанне арбітражу для ўрэгулявання спрэчных пытанняў паміж Суб'ектамі абодвух Дагаворных

Бакоў, звязаных з гандлёвымі і кааперацыйнымі здзелкамі, а таксама са здзелкамі, якія ўзнікаюць пры стварэнні сумесных прадпрыемстваў і ажыццяўленні прамых капіталаўкладанняў;

Дагаворныя Бакі заахвочваюць прымяненне арбітражных правіл, распрацаваных Камісіяй Арганізацыі Аб'яднаных Нацый па праву міжнароднага гандлю (ЮНСІТРАЛ), і прыцягненне арбітражу адной з дзяржаў - удзельніц Канвенцыі аб прызнанні і выкананні замежных арбітражных рашэнняў (Нью-Йорк, 1958г.).

Артыкул II

Пасля спынення дзеяння дадзенага Пагаднення поўнасю або часткова яго палажэнні будуць прымяняцца да ўсіх заключаных Суб'ектамі кантрактаў, абавязацельствы па якіх узніклі ў перыяд яго дзеяння і не выкананы да моманту спынення або змянення Пагаднення.

Артыкул I2

1. Дадзеным Пагадненнем ствараецца змешаная камісія, якая будзе збірацца па жаданню аднаго з Дагаворных Бакоў па чарзе ў Рэспубліцы Аўстрыя і Рэспубліцы Беларусь.

2. У задачы гэтай змешанай камісіі будзе ўваходзіць: аналіз развіцця двухбаковых гандлёвых і эканамічных сувязей; вызначэнне новых перспектыв супрацоўніцтва, а таксама шляхоў іх рэалізацыі;

распрацоўка прапаноў па паляпшэнню ўмоў эканамічнага, прамысловага, тэхнічнага і навукова-тэхнічнага супрацоўніцтва паміж Суб'ектамі абодвух Бакоў.

Артыкул I3

Са дня сапраўднага ўдзелу аднаго Дагаворнага Боку альбо абодвух Дагаворных Бакоў у Еўрапейскай Эканамічнай Прасторы (ЕЭП) або ўваходжання ў Еўрапейскае Супольніцтва альбо арганізацыі, якія будуць іх правапераемнікамі, Дагаворныя Бакі не

будуць звязаны гэтым Пагадненнем у той частцы, якая будзе не-сумяшчальнай з іх статусам членаў зазначаных у гэтым артыкуле арганізацый.

2. У такім выпадку Дагаворныя Бакі сумесна вызначаць тры па-лажэнні гэтага Пагаднення, якія будуць дзейнічаць у далейшым.

Артыкул 14

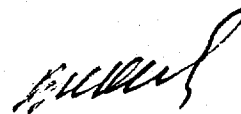
1. Дадзенае Пагадненне заключаецца тэрмінам на адзін год і аўтаматычна прадаўжаецца на кожны наступны год, калі адзін з Ба-коў за тры месяцы да заканчэння тэрміну яго дзеяння не паведаміць пісьмова па дыпламатычных каналах другому Боку аб сваім намеры скасаваць яго.

2. Гэта Пагадненне ўвойдзе ў сілу ў першы дзень трэцяга ме-сяца, што настане за месяцам, у якім Дагаворныя Бакі паведамяць адзін аднаму шляхам абмену нотамі, што іх адпаведныя ўнутрыдзяр-жаўныя працэдуры, прадугледжаныя заканадаўствам, дзеючым ў краі-нах Дагаворных Бакоў адносна ўваходжання ў сілу дадзенага Пагад-нення, выкананы.

Учынена ў **ВЕНЕ**, 2. 10. 1992 у двух экзэмплярах, кожны на нямецкай і беларускай мовах, прычым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

За Рэспубліку Аўстрыя

За Рэспубліку Беларусь



VORBLATT

Problem:

In Hinblick darauf, daß mit dem Zerfall der Sowjetunion die Republik Belarus als neues Völkerrechtssubjekt entstanden ist, ergab sich die Notwendigkeit der vertraglichen Regelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat.

Die Republik Belarus ist noch nicht Vertragspartner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Ziel:

Mit dem Abkommen über die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen soll einerseits der bilaterale Warenverkehr und andererseits auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Republik Belarus geregelt werden.

Durch das Abkommen räumen die Republik Österreich und die Republik Belarus einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben im Umgang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ein.

Alternative:

Nichtabschluß des Abkommens und ein damit verbundener vertragsfreier Zustand im wirtschaftlichen Bereich.

Kosten:

Das Abkommen kann im Rahmen der bestehenden Administration verwaltet werden. Durch die im Abkommen vorgesehene Errichtung einer „Gemischten Kommission“ werden keine nennenswerten Mehrkosten entstehen.

EWR- bzw. EG-Kompatibilität:

Im Abkommen ist vorgesehen, daß mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) jene Bestimmungen des Abkommens ihre Bindungswirkung für die Vertragsparteien verlieren, die mit dem neuen Rechtsbestand unvereinbar sind. Es entfällt somit die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Jene Bestimmungen, die mit dem neuen Rechtsbestand vereinbar sind, werden in einer gemeinsamen Bestandsaufnahme durch die Vertragsparteien als weitergeltend identifiziert werden.

Die in den Art. 2 und 5 des vorliegenden Abkommens vorgesehene Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Bereich, so vor allem durch die Definition chancenreicher Kooperationsbereiche und Projekte, stellt eine notwendige Ergänzung der wirtschaftsvertraglichen Beziehungen zwischen den EG und Belarus unter bewußter Inanspruchnahme des autonomen Regelungsbereiches dar.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Belarus über die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen enthält — wegen Einräumung der Meistbegünstigung an ein Nicht-GATT-Mitglied — gesetzändernde Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat keinen politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Einer Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz bedarf es nicht, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen.

Dieses Abkommen soll „eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen“ (Präambel) schaffen.

Obwohl Belarus nicht Mitglied des GATT ist, sieht das Abkommen, in Würdigung und zur Unterstützung der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Reformbestrebungen, die Einräumung der „Meistbegünstigung“ im Umfang von Artikel I und V GATT vor.

„Von marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend“ (Präambel) wird dieses Abkommen nicht nur den Warenaustausch, sondern auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit regeln.

Zu dem im Abkommen wiederholt vorkommenden Begriff „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ wird festgehalten, daß in der belarusischen Sprache und der seinerzeitigen sowjetischen Rechtsterminologie traditionell „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ als Synonym für „angewandte Forschung“ gebraucht wird. In diesem Sinn wurde gegenüber der belarusischen Seite klargestellt, daß in den vorliegenden Bestimmungen nur Kompetenzen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten berührt sind.

Besonderer Teil

Zur Präambel:

Neben allgemeinen Zielsetzungen, wie dem Wunsche nach Intensivierung der bestehenden beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen sowie dem Bestreben den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und dem Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ist auch ein Rechtsvorbehalt zugunsten der „im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften“ verankert.

Zu Artikel 1:

In Fortführung des Bekenntnisses zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen wird generell die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den „Unternehmen“ beider Staaten festgelegt.

Zu Artikel 2:

Beispielhafte Anführung chancenreicher Kooperationsbereiche, wobei als Maßstab die „höchsten Standards der Umwelttechnologien“ normiert sind.

Zu Artikel 3 (gesetzändernd):

Die Vertragsparteien gewähren einander im Abs. 1 die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Im Abs. 2 sind die Ausnahmen vom Grundsatz der Meistbegünstigung festgelegt.

14

32 der Beilagen

Zu Artikel 4:

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Tourismus im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie der gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien. Die Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf die Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

Zu Artikel 5:

Höchstes Interesse soll der Zusammenarbeit in den angeführten Infrastrukturbereichen gewidmet werden, in Hinblick auf die Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme.

Zu Artikel 6:

Der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und Belarus soll in frei konvertierbarer Währung erfolgen.

Zu Artikel 7:

Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten soll zu marktgerechten Preisen erfolgen und ist in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsbräuchen und Finanzpraktiken möglich.

Zu Artikel 8:

Zur Vermeidung von Störungen am Inlandsmarkt sowie zum Schutz der inländischen Hersteller vor schwerwiegenden Schädigungen ist bei auftretenden Schwierigkeiten im bilateralen Handel zunächst durch die Aufnahme von Konsultationen eine gemeinsame Lösung anzustreben. Wird in den Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann die betroffene Vertragspartei einseitige Maßnahmen setzen, soweit diese zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich sind, wobei die andere Vertragspartei dann ihrerseits die Möglichkeit hat, von ihren Verpflichtungen für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

Abs. 4 bietet die Möglichkeit der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen in Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde.

Für die Auswahl der Maßnahmen gilt das Prinzip des jeweils gelindesten Mittels.

Zu Artikel 9:

Beiderseitiges Bekenntnis der Notwendigkeit der stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Zu Artikel 10:

Die Beilegung von Streitfällen zwischen den Unternehmen beider Staaten soll primär durch freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen erfolgen. Die Vertragsparteien werden die Streitbeilegung durch Schiedsgerichte und die Anwendung der UNCITRAL-Schiedsregeln fördern.

Zu Artikel 11:

Abkommensänderungen oder der Ablauf seiner Gültigkeit sollen auf die Abwicklung vorher abgeschlossener Unternehmensverträge keinen Einfluß haben.

Zu Artikel 12:

Als höchstes bilaterales Wirtschaftsforum wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Belarus einberufen wird.

Zu Artikel 13:

Für den Fall der Teilnahme zumindest einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) ist vorgesehen, daß die Vertragsparteien durch das vorliegende Abkommen insofern nicht gebunden sind, als die bestehenden Verpflichtungen mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand unvereinbar sind. Mit dieser Bestimmung entfällt die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Die Weitergeltung der Bestimmungen des Abkommens, die nicht vom EWR- bzw. vom EG-Rechtsbestand erfaßt sind, erfolgt durch gemeinsame deklaratorische Feststellung der Vertragsparteien.

Zu Artikel 14:

Die Geltungsdauer des Abkommens wird mit einem Jahr festgelegt, mit automatischer Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate jeweils vor Ablauf der Gültigkeit des Abkommens.